

# GÖTTINGER BLÄTTER

03.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ► Aussetzung des Gutachtens für die Mietkosten bei Hartz-IV-EmpfängerInnen gefordert

In einer Presseerklärung v. 26. Januar übte die Partei Die Linke. heftige Kritik an der Praxis der Übernahme der Mietkosten für Hartz-IV-Empfänger:

„Das so genannte ‚schlüssige Konzept‘ zur Ermittlung der Kosten der Unterkunft, dessen Umsetzung vom Kreistag im Juni 2013 beschlossen wurde, hat zu einer massiven Absenkung der zu erstattenden Mietobergrenzen geführt. In diesen Gutachten wurde von sinkenden Mieten ausgegangen, obwohl verschiedene Mietspiegel und das von der Stadt in Auftrag gegebene GEWOS-Gutachten steigende Mieten feststellen.“

Nach dem Urteil des Bundessozialgerichts muss der Landkreis für die Mietkosten einen Aufschlag von zehn Prozent auf die Werte der neuen Wohngeldtabelle gewähren, wenn kein schlüssiges

Konzept vorliegt. Da erhebliche Zweifel an der Methodik und den Ergebnissen des genannten Gutachten vorliegen, fordern wir, dass sich die Erstattung der Mietkosten an der Wohngeldtabelle mit zehnpromzentigen Aufschlag orientiert.“

Dr. Eckhard Fascher, Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion: „Bis zur juristischen Klärung, ob hier wirklich ein schlüssiges Konzept vorliegt, sollte im Interesse der Betroffenen nach der weitergehenden Regelung des Bundessozialgerichtes verfahren werden. Für die Altfälle bis Frühjahr 2013 fordern wir eine generelle Nachzahlung bis zu der vom Bundessozialgericht festgelegten Regelung, unabhängig davon, ob die Betroffenen damals Widerspruch eingelegt haben oder nicht.“

(gs)

### im Internet

www.goettinger-blaetter.de

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Mietkosten Hartz IV	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GÖLINKE	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
DIE LINKE. Europabüro	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Arbeitszeitverkürzung	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2014  
ist der 14. März.  
Auslieferung am 20. März

## Euroland ist abgebrannt



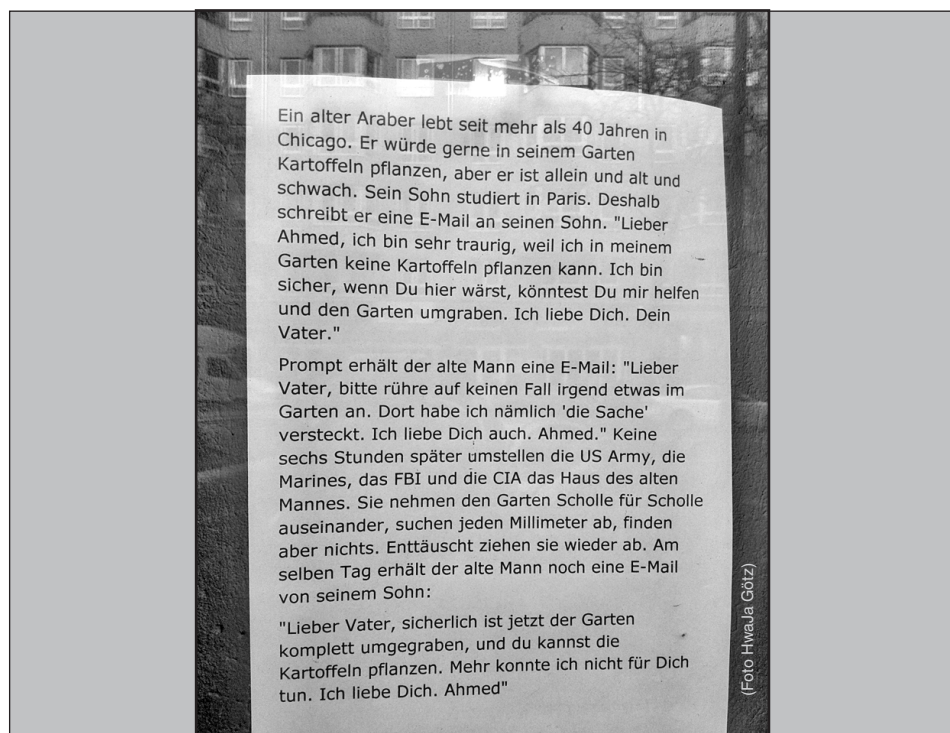
Vortrag und Diskussion mit

**Lukas Zeise\***

**Dienstag, 1. Apr. 19.00 Uhr,  
Rotes Zentrum, Lange Geismarstr. 2**

Lucas Zeise entzaubert in seinem gleichnamigen Buch „Euroland ist abgebrannt“ die ins Mythische überhöhte Lehman-Pleite und macht deutlich, dass es in diesem Spiel allein um die Interessen von Einlegern bei Banken, Hedgefonds und anderen Einrichtungen der Finanzwelt geht. Sie, d.h. die Einlagen, müssen gerettet werden, und zwar auf Kosten der Steuerzahler.

\* Lucas Zeise ist Finanzjournalist, der u.a. bei der früheren „Financial Times Deutschland“ gearbeitet hat.





# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes— Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) - Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

**Aufruf der FIR zur Europawahl:**

## ▶ Wählt Antifaschisten ins Europäische Parlament!

Im Mai 2014 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Für die Veteranen des antifaschistischen Kampfes und für Antifaschisten heutiger Generationen sind diese Wahlen aus zwei Gründen von Bedeutung:

Die gegenwärtige Politik und Entwicklung der Europäischen Union entspricht nicht den Interessen großer Teile der Menschen in den europäischen Ländern. Zahlreiche Entscheidungen führen zu massiver sozialer Ausgrenzung, gehen zu Lasten der Schwächsten der jeweiligen Länder. Daher müssen im Europäischen Parlament die Stimmen gestärkt werden, die sich für eine demokratische, friedensorientierte, solidarische und sozial gerechte Entwicklung Europas einsetzen.

Zweitens treten in verschiedenen europäischen Ländern rassistische und extrem rechte Kräfte zu den Wahlen an, denen im Wahlkampf und im Parlament aktiv und engagiert entgegengetreten werden muss.

Wir rufen daher dazu auf, bei der Europawahl in allen Ländern solche Frauen und Männer zu wählen, die sich einsetzen für ein Europa,

- das jeder Form der rassistischen Diskriminierung oder der Fremdenfeindlichkeit entgegentritt,
- das sich für Flüchtlinge einsetzt und ihnen eine menschenwürdige Behandlung garantiert,
- das sich gegen jegliche Form von

Holocaustleugnung, Geschichtsrevision und Rehabilitierung von SS-Verbrechern einsetzt,

- das eine soziale Politik gewährleistet, durch die allen Menschen Arbeit, Bildung, Ernährung und eine angemessene Wohnung garantiert wird,
- das für eine Friedenspolitik eintritt, die nicht auf Hegemonie, sondern auf nicht-militärische Konfliktlösungen beruht,
- das eine Gemeinschaft im Interesse der Menschen darstellt und nicht der Herrschaft von Banken und Wirtschaftsverbänden,
- das für vergleichbare Lebensbedingungen in allen Ländern eintritt und gegen erzwungene Arbeitsmigration,
- das eine Gleichberechtigung zwischen den Völkern und Nationen garantiert und keine Hegemonialpolitik.

Ein solches Europa ist möglich, wenn sich die Völker aktiv und vernehmbar für ihre Interessen einsetzen.

*Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten, 08.02.2014*

## ▶ Ausstellung zur Blockade Leningrads wird an Göttinger Schulen fortgesetzt

Zwei Wochen lang lief in der Göttinger Galerie Alte Feuerwache die Ausstellung „Nichts ist vergessen und niemand ist vergessen!“, in der durch Bilder und Dokumente an das Leiden und den Widerstand der Einwohner Leningrads während der vom 8. September 1941 bis 27. Januar 1944 andauernden Belagerung Leningrads erinnert wurde. Die Ausstellung war gut besucht; allein zur Vernissage kamen rund 120 Gäste. In der HNA, dem Stadtradio Göttingen sowie im ZDF gab es Beiträge über die Göttinger Ausstellung.

Die Ausstellung wird nun in den nächsten Wochen an verschiedenen Göttinger Schulen gezeigt. Von montags bis freitags ist die Ausstellung dort während der

Schulzeit (in der Regel also zwischen 8 und 15 Uhr, je nach Schule ggf. auch längere Öffnungszeiten möglich) geöffnet. Wer also die Ausstellung bisher verpasst hat, sollte die Ausstellungstermine der Schulen nutzen.

Im Rahmen des Unterrichts wird es an den Schulen begleitend auch Zeitzeugengespräche der Schüler mit Frau Lea Sorina geben, die maßgeblich die Ausstellung zusammengestellt hat und selber während der Blockadezeit in Leningrad lebte.

Stationen der Ausstellung sind:  
**24.02.-10.03. Otto-Hahn-Gymnasium (Carl-Zeiss-Straße 6, Göttingen)**  
**12.03.-28.03. Hainberggymnasium Göttingen (Friedländer Weg 19, Göttingen)**

**23.04.-09.05. Geschwister-Scholl-Gesamtschule (Kurt-Huber-Weg 1-5, Göttingen), in Kooperation mit der Deutsch-Russischen Gesellschaft**

**„Aktuelles zum NSU-Netzwerk:**

## ▶ Warum schützt und unterstützt der Staat Neofaschisten?“

**Samstag, 15.03.2014 um 20:00 Uhr  
Großer Saal der ver.di-Geschäftsstelle  
(Groner Tor-Str. 32)**

Vortrag und Diskussionsveranstaltung mit Sebastian Carlens (Redakteur der Tageszeitung „junge Welt“), der als akkreditierter Journalist regelmäßig vom NSU-Prozess in München berichtet.

*Veranstalter: VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen, ver.di Göttingen, SDAJ Göttingen, in Kooperation mit der Tageszeitung „junge Welt“.*



Ausstellungseröffnung in der Galerie Alte Feuerwache am 20.02.2014 mit 120 Gästen; Foto: Jan Steyer

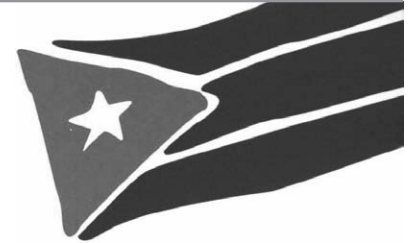
## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

### Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 11. März 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► 20. Ordentliche Jahreshauptversamm- lung des Netzwerk Cuba

**Am 1. Februar fand in Essen die diesjährige Jahreshauptversammlung des „Netzwerk Cuba“ statt; zwei Compañeros der FG Göttingen waren dabei. Das Netzwerk Cuba versteht sich als Dachorganisation nahezu aller Gruppen, die in der BRD für die Solidarität mit Kuba und seinen eigenen Weg zum Sozialismus eintreten. Vorrangiges Ziel des Netzwerkes ist es, die Arbeit dieser Gruppen zu koordinieren, Informationen auszutauschen, gemeinsame Aktionen zu planen und zu organisieren.**

Wie in jedem Jahr stand der Redebeitrag des Botschafters der Republik Kuba, Compañero S.E. Rene Juan Mujica Cantelarder, der erst vor kurzem sein Amt in Berlin angetreten hat, im Mittelpunkt. Er ging ausführlich auf die Schwierigkeiten ein, die Kuba auf dem Weg seiner Aktualisierung der sozialistischen Wirtschaftspolitik hat.

In der Landwirtschaft fehlen z. B. immer noch Investitionen, um die Lebensmittelherstellung zu steigern, weitere bäuerliche Betriebe zu gründen und mehr Land urbar zu machen. Großen Bedarf gibt es ebenfalls bei der Organisation der finanziellen und rechtlichen Vereinbarungen zwischen den jetzt selbstständig wirtschaftenden Unternehmen und ihrer Verantwortung bei der Einhaltung von Verträgen.

In dieser so entscheidenden Situation, die das Land gerade durchlebt, sei es unumgänglich, sowohl die politische Sensibilität als auch die Disziplin in der Produktion zu steigern. Der sozialistische staatliche Betrieb bliebe dabei

die wichtigste kubanische Wirtschaftsform. Es dürfe aber keine Anstrengung gescheut werden, um in allen Sektoren der kubanischen Wirtschaft die Effizienz zu steigern.

Einen großen Schritt vorwärts stellt nach Darstellung des Botschafters der Bau des Tiefseehafens Mariel mit angegliederter Sonderwirtschaftszone dar. Das 465 Quadratkilometer große Areal 45 km westlich von Havanna wurde von den Regierungen Kubas und Brasiliens gemeinsam entwickelt und ist das bedeutendste wirtschaftspolitische Projekt der sozialistischen Karibikinsel seit dem Sieg der Revolution vor 55 Jahren. Zu den Gesamtkosten von bislang rd. 957 Millionen US-Dollar hatte die brasilianische Entwicklungsbank einen Kredit von 682 Millionen Dollar beigesteuert.

Der Hafen wurde bereits Ende Januar eingeweiht und soll Investitionen u.a. in den Bereichen Telekommunikation, Bio- und Nanotechnologie, Fahrzeugbau und Lebensmittelverarbeitung ermöglichen.

Diese steigende strategische Bedeutung Kubas als zukünftiges Handels- und Umschlagzentrum in Mittelamerika führt mittlerweile zu einem Umdenken in der EU. Die harte Haltung bei der Blockade der Insel bröckelt. Die EU-Außenminister beschlossen kürzlich, mit Havanna über ein Kooperationsabkommen und »bilateralen politischen Dialog« zu verhandeln. Der Botschafter wies darauf hin, dass dies auch Rückwirkungen auf die Solidaritätsarbeit mit Kuba haben kann. Denn der Dialog kann nur erfolgreich sein, wenn er gleichberechtigt und auf Augenhöhe stattfindet.

Die Jahreshauptversammlung beschäftigte sich anschließend mit den Arbeitsschwerpunkten für das kommende Jahr. Am 7. und 8. März findet in London ein mit namhaften Juristen, Künstlern, politischen Aktivisten, Prozessbeobachtern und Menschenrechtsexperten besetztes internationales Tribunal statt, das den Fall der Cuban 5 untersuchen wird (vor mehr als 14 Jahren wurden in den USA fünf Kubaner zu teilweise lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt – ihr Vergehen war, ihre Landsleute vor terroristischen Anschlägen geschützt zu haben). Die Idee dazu war auf dem 16. Europatreffen der Kuba-Solidaritätsgruppen im November 2013 in Berlin entwickelt worden, um den Druck auf die USA für ihre Freilassung zu erhöhen.

Diskutiert wurden weiterhin die Vorbereitungen zum dritten weltweiten Treffen der Solidarität mit Kuba - "Cuba Solidaridad 2014" vom 27.-31.10.2014 in Havanna. Dieses Treffen wird in Fortsetzung seiner beiden bisherigen Ausgaben die internationale Rückendeckung bekräftigen: Für Kuba als Modell einer Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit und seine Durchführbarkeit als Alternative für jene "andere, bessere und mögliche Welt". Dabei werden mehr als 3000 Teilnehmer erwartet, für die deutschen Teilnehmer übernimmt das Netzwerk die Koordination. Auch die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba wird mit einer Gruppe dort vertreten sein. Insgesamt werden rd. 100 Personen aus allen Teilen der deutschen Gesellschaft, die solidarisch mit Kuba sind, dort dabei sein.

Bei den abschließenden Wahlen zum Vorstand des Netzwerkes wurden Harry Grünberg (Cuba Sí) und Edgar Göll (FG Berlin-Kuba) bestätigt. (cs)

# Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

## ▶ Euroland ist abgebrannt **DKP**

Vortrag und Diskussion mit

**Lukas Zeise \***

**Dienstag, 1. Apr. 19.00 Uhr,**

**Rotes Zentrum.**

**Lange Geismarstr. 2**

Lucas Zeise entzaubert in seinem gleichnamigen Buch „Euroland ist abgebrannt“ die ins Mythische überhöhte Lehman-Pleite und macht deutlich, dass es in diesem Spiel allein um die Interessen von Einlegern bei Banken, Hedgefonds und anderen Einrichtungen der Finanzwelt geht. Sie, d.h. die Einlagen, müssen gerettet werden, und zwar auf Kosten der Steuerzahler.

\* Lucas Zeise ist Finanzjournalist, der u.a. bei der früheren „Financial Times Deutschland“ gearbeitet hat.

## Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

**Dienstag, 04. März, 20.00 Uhr**

Thema: Weitere Auswertung der Mitgliedsbuchneuausgabe – (hier: uz-Arbeit ,Mitgliederkampagne)

**Dienstag, 18. März, 20.00 Uhr**

Thema: Zu den aktuellen Tarifeinwanderungen (u.a. Abschluß: IG BCE)

## ▶ Am 8. März ist Internationaler Frauentag



## UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund

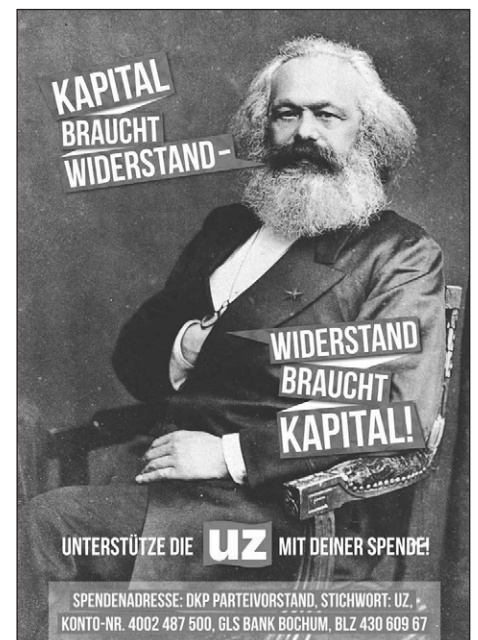
Revierpark Wischlingen

[www.dkp.de](http://www.dkp.de)

Das größte Volksfest der Linken!



Kauft den Soli-Button zur Finanzierung des Festes



Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

## ► Positionspapier der Göttinger Ratsfraktion „GÖLINKE“ zur Schulentwicklung in Göttingen

**Die Ratsfraktion „GÖLINKE“ fordert die möglichst schnelle Einrichtung einer dritten Integrierten Gesamtschule in der Stadt Göttingen. Mit der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule und der Geschwister-Scholl-Gesamtschule hat die Stadt Göttingen ab dem Schuljahr 2014/15 zwei in der Bevölkerung akzeptierte und gut angewählte Gesamtschulen, die den Bedarf an Schülerplätzen für Integrierte Gesamtschulen nicht erfüllen können. In den letzten Jahren wurden jährlich 180 bis 200 Schüler und Schülerinnen abgelehnt. Diese Anmeldezahlen belegen eindeutig, dass eine dritte, fünf- bis sechszügige Gesamtschule erforderlich ist, um den Bedarf der Eltern und Schüler/innen zu decken.**

Mit der Einrichtung eines Expertenbeirates, eines Arbeitskreises und der Durchführung von öffentlichen Foren wurde der Weg beschränkten Konzeptgrundlagen für eine eigenständige, konzeptionell alternative Integrierte Gesamtschule zu schaffen. Diese Arbeit hat mehrere Möglichkeiten für eine eigenständige Gesamtschule ergeben.

Gleichzeitig hat sich aber innerhalb der Mehrheit des Schulausschusses und der Schulverwaltung die Idee verfestigt, die Vogt-Realschule in Weende als Außenstelle der IGS Bovenden in eine dreizügige Gesamtschule umzuwandeln. Eine Umwandlung ist nicht möglich, sondern auch als Außenstelle wird ein neues Kollegium die Arbeit aufnehmen müssen. Zurzeit ist aber auch eine Neugründung nicht möglich, da mit der Aufgabe der Realschule das dreigliedrige Schulsystem in Göttingen nicht mehr vorhanden ist. Aber auch die neue Landesregierung wird das dreigliedrige Schulsystem nicht zur Disposition stellen und weil dem so ist wollen wir Kindern aus Göttingen nicht zumuten lange Anfahrtswege zu Hauptschulen, Realschulen und so genannten

Oberschulen auf dem Land in Kauf nehmen zu müssen. Außerdem entspricht eine Dreizügigkeit in Weende nicht den Erfordernissen der Stadt Göttingen. Wo bleiben die Schüler, die nicht aufgenommen werden können?

Welche Gründe gab es für den Standort Weende, der nach unserer Auffassung nicht geeignet ist?

- ➔ Die Mehrheit des Kollegiums der Vogtschule hatte beschlossen, dass sie sich in eine Integrierte Gesamtschule umwandeln wollen. Dies wird nicht geschehen, da eine Umwandlung nach dem Niedersächsischen Schulgesetz nicht möglich ist, sondern eine Neugründung mit einem neuen Kollegium vorgeschrieben ist. Für die Verwaltung und einige Politiker ist die Kollegiumsentscheidung aber ein „gutes“ Angebot, da sie sich nicht mit dem Kollegium um die Standortfrage auseinandersetzen müssen.
- ➔ Der Landkreis Göttingen fürchtet zu Recht um den Rückgang der Schüleranmeldungen an der IGS Bovenden, wenn eine selbstständige Gesamtschule in Weende gegründet würde.
- ➔ Konsequenterweise besteht der Landkreis auf die Zusage aus Göttingen, dass keine neue dritte Gesamtschule in der Stadt Göttingen eingerichtet wird. Wer immer diese Zusage gemacht hat, hat sich eindeutig gegen den Elternwillen in Göttingen entschieden, denn auch bei der Neugründung in Bovenden war die Nachfrage schon so groß, dass eine dritte Gesamtschule im Stadtgebiet absehbar war.

Politiker der CDU und der Grünen und die Verwaltung scheinen Lese- und Verständnisschwierigkeiten mit den vorliegenden Zahlen zur Schülerentwicklung in der Sekundarstufe I in Göttingen zu haben. Diese Zahlen zeigen eindeutig, dass

die Stadt Göttingen ohne Probleme mit 4 Gymnasien auskommen würde. Alle Eltern- und Schülerwünsche zum Besuch eines Gymnasiums könnten damit erfüllt werden. (...)

Die Ratsfraktion der „GÖLINKE“ macht diese taktischen Spielchen nicht mit. Sie hat in einem Ratsantrag gefordert, die Standortfrage für eine dritte Integrierte Gesamtschule in Göttingen unter Ausschluss des Standortes Weende erneut zu führen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Grünen und der CDU/FDP-Gruppe abgelehnt.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der Bildungsstandort Göttingen mit zukünftig drei Integrierten Gesamtschulen, vier Gymnasien und dann noch einer Realschule und einer Hauptschule und ein vielfältiges Schulangebot für alle Eltern und Schüler/innen anbieten würde. Bei der Betrachtung der konzeptionellen Angebote der Gymnasien wird deutlich, dass das Hainberg-Gymnasium, das Felix-Klein Gymnasium und das Otto-Hahn-Gymnasium unterschiedliche Profile anbieten. (...) Deshalb ist es nach unserer Überzeugung naheliegend, beide Gymnasien zusammen zu legen und den Standort des Theodor-Heuss-Gymnasiums als Standort für die dritte Gesamtschule zu wählen. Alle Sek. I-Schulen arbeiten mit unterschiedlichen Profilen und sind ein Angebot für alle Schülerinnen und Schüler in der Stadt Göttingen und im Landkreis. Die Einführung von Einzugsbereichen widerspricht der Einrichtung von Schulen mit differenzierten Profilen.

Mit der Gründung der dritten IGS in Göttingen ist auch zu überlegen, welcher Hauptschulstandort in Göttingen bestehen bleiben soll, denn im Schuljahr 2013/14 gab es an beiden Hauptschulen noch 32 Anmeldungen inklusive 6 Schüler/innen mit einer Behinderung. Ein Teil dieser Schüler/innen wird einen Platz in den Integrierten Gesamtschulen finden.

(...) Bei einer Einzügigkeit der Hauptschule in der Käthe-Kollwitz-Schule gäbe es ausreichende Möglichkeiten für die Einrichtung einer Mensa für die Adolf-Reichwein-Schule, die zum Schuljahr 2015/16 Ganztagschule werden soll.

Auch andere Überlegungen zu den freiwerdenden Gebäuden sind denkbar, denn Ziel sollte es immer sein, unsere Göttinger Schullandschaft attraktiv und gut ausgestattet zu erhalten.

*Dieser Artikel ist ungekürzt auf der Homepage der GöLi ist ungekürzt nachzulesen unter: <http://www.goettinger-linke.de/>*

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

**Keine Versammlung im März**

## Kommunalpolitisches Regionstreffen Südniedersachsen

**Samstag, 8. März 2013, 10.30 bis 16 Uhr** im Naturfreundehaus Göttingen, Naturfreundeweg

Schwerpunktthema: ÖPNV in Südniedersachsen

Für kostengünstige Verpflegung ist gesorgt.

Anmeldungen bitte bei Eckhard Fascher: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de) oder 0551-40137061

Veranstalter: LINKES Kommunalpolitisches Forum Niedersachsen und Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen

## Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Montag, 10. März, 19 Uhr, Rotes Zentrum**

Schwerpunkt: Internationaler Frauentag – Situation von Frauen bei den LINKEN

**Montag, 7. April, 19 Uhr, Rotes Zentrum**

Schwerpunkt: KdU – Übernahme der Mietkosten bei Hartz-IV-Empfängern

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung

**Donnerstag, 20. März, 18 Uhr** bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

Weitere OV-Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern (vgl. Adressenspalte).

## Treffen der Linksjugend solid

**Jeder Mittwoch ab 18 Uhr** im Roten Zentrum

jeder erste Samstag des Monat, ab 20:00 Uhr m Foyer des Roten Zentrum:

Filmabend

Filmabend am 1. März: Dokumentarfilm „Five Broken Camera’s“.

## Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise.

(vgl. Adressenspalte).

## Treffen und Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. / Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen: **Dienstag, 18. März, 18 Uhr im Roten Zentrum**

Nach Redaktionsschluss:

## Sabine Lösing auf sicheren Listenplatz

Die Bundesvertreter\_innensammlung von DIE LINKE. wählte am 16.02. die Göttingerin Sabine Lösing auf den sicheren Platz 5 der Kandidat(inn)enliste für das Europaparlament. Wir freuen uns, dass Sabine ihre Politik gegen Kriegseinsätze, Militarisierung und Frontex fortsetzen kann. Glückwunsch, Sabine!

## Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum  
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

## Newsgroup:

Anmeldung unter:

[webmaster@die-linke-goettingen.de](mailto:webmaster@die-linke-goettingen.de)

## Linksjugend [;solid]:

[solidgoettingen@gmail.com](mailto:solidgoettingen@gmail.com)

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

E-Mail: [hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546

[rosdorf@die-linke-goettingen.de](mailto:rosdorf@die-linke-goettingen.de)

### OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

E-Mail: [adelebsen@die-linke-goettingen.de](mailto:adelebsen@die-linke-goettingen.de)

oder [bovenden@die-linke-goettingen.de](mailto:bovenden@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

E-Mail: [dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Arbeitsgruppen:

**AG Sozialpolitik:** Patrick Humke,

Tel. 05 51-5 31 15 63,

[patrick.humke@dielinke-goettingen.de](mailto:patrick.humke@dielinke-goettingen.de)

**Ökologische Plattform:**

Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457

Festnetz: 0551-40137061

[eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de](mailto:eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de)

**AG Betrieb & Gewerkschaft**

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-gb@die-linke-goettingen.de)

**AG Netzpolitik**

Uli Eberhardt

[ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457

oder 0551-40137061

E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

## Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

# GÖLİNKE. Ratsinfo

Nr. 20  
Feb. 2014



Editorial Rückkauf von ‚Schrottimmobilien‘, Nachtragshaushalt, Mieterlass für die BG 74 und Verdoppelung der Ausgaben für Klimaschutz waren Themen, die Anlass gaben an ‚OB-Wahlkampf‘ zu denken. Einigkeit herrschte hingegen bei der Forderung nach Erdverkabelung der Höchstspannungsleitung. Auch unsere Anträge zu Ampelanlagen für sehbehinderte Menschen und für einen Rechercheauftrag an die Verwaltung bezüglich der neuen RSUKr-Einheiten wurden in die Ausschüsse verwiesen. Gesamtes Protokoll demnächst einzusehen unter: <http://www.goettingen.de>

Fraktion Göttinger Linke  
Neues Rathaus, Zi. 196  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
tel 05 51-4 00 24 99  
fax 05 51-4 00 20 79  
goelinke-fraktion@goettingen.de  
www.die-linke-goettingen.de

## TOP 8 Kreisverbindungskommando Göttingen

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu berichten, was das neue Kreisverbindungskommando (KVK) der Stadt Göttingen tut. Die Verwaltung wird zudem aufgefordert zu recherchieren und zu berichten, welche Pläne es beim Kreisverbindungskommando (KVK) der Stadt Göttingen und/oder dem KVK des Kreises gibt, im Falle eines "Inneren Notstands" oder eines "Unglücks- bzw. Katastrophenfalles" mit den Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) der Bundeswehr in Holzminden, Lüneburg und Wittmund oder anderen Einheiten der Bundeswehr zusammenzuarbeiten.

Darüber hinaus wird die Verwaltung aufgefordert, die Bevölkerung über Art, Umfang und Auftrag dieser Kooperation beim sogenannten Heimatschutz aufzuklären sowie darzustellen, in welcher Weise zivile Infrastruktur und ziviles Personal in solche Pläne einbezogen werden.

Auszüge aus der Rede von Gerd Nier: „...bis vor wenigen Wochen war uns die Existenz der sogenannten Sicherheits- und Unterstützungskräfte als offizielle Reservisteneinheiten der Bundeswehr entgangen. Erst eine offizielle Werbewebsite der Bundeswehr hat uns darauf aufmerksam gemacht. Da in den Ausführungen von Heimatschutz und Sicherungsmaßnahmen im Inneren unseres Landes die Rede war, haben wir uns etwas näher damit befasst und sind zu der Einsicht gelangt, dass auch wir als Stadt direkt oder indirekt mit diesen Einheiten zu tun haben oder zu tun bekommen könnten.... Diese Einheiten sollen zwar auch im Katastrophenfall zur Verfügung stehen, ihre Aufgaben werden aber auch als Sicherungsaufgaben des Heimatschutzes beschrieben, ohne dies dann näher zu erläutern. Stutzig gemacht hat uns bei den entsprechenden Ausführungen der Bundeswehr aber insbesondere das dazugehörige Foto, das zwei Soldaten mit Maschinenpistolen im Anschlag zeigt. Welche Art innerdeutscher Sicherungsaufgaben hier gemeint sind würden wir schon gern etwas genauer wissen...“. Insgesamt nachzulesen unter: [http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/reden\\_und\\_antraege/](http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/reden_und_antraege/)

## TOP 13 Licht-Signal-Anlagen mit akustischem bzw. Vibrationssignal

Der Rat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Umgestaltung der Lichtsignal-Anlagen hin zu solchen mit zusätzlichem akustischem bzw. Vibrationssignal zu überprüfen. Die Überprüfung soll sowohl die technischen Möglichkeiten als auch die finanziellen Auswirkungen beinhalten. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden dem Rat in den zuständigen Ausschüssen und dem Behindertenbeirat vorgestellt.

Patrick Humke betonte in seiner Rede, dass dieses Thema schon des Öfteren von der Göttinger Linken in Angriff genommen worden sei und so auch schon einiges erreicht wurde. Trotz der gemachten Fortschritte fehlten allerdings noch an einigen Stellen akustische oder eben Vibrationssignalanlagen, insbesondere nannte Patrick Humke zwei neuralgische Punkte, zum Einen in Weende und zum Anderen in Geismar.

Sowohl die Fraktionen der SPD als auch der CDU stimmten unserem Antrag zu und räumten ein, die genannten Probleme ebenfalls zu kennen und froh zu sein, dass die GöLi-Ratsfraktion diesen Antrag gestellt habe. Lediglich Frau Morgenroth von den Grünen suchte und fand (ihrer Meinung nach) das sprichwörtliche ‚Haar in der Suppe‘. Ihrer Meinung sei dies doch alles längst auf dem Wege und sie selbst würden dann einen Antrag stellen, der mit dem Behindertenbeirat abgestimmt sei.

Dies war ein flagranter Versuch sich auch das Thema Barrierefreiheit im OB-Wahlkampf unter den Nagel zu reißen.

Patrick Humke korrigierte dann, dass unser Antrag selbstverständlich mit dem Behindertenbeirat beraten und abgesprochen sei, was er übrigens bereits bei der Einbringung gesagt habe.

So wurde unser Antrag in den Sozialausschuss und in den Bauausschuss zu weiteren Besprechung verwiesen, wo sich Patrick Humke und Gerd Nier für eine sachliche Diskussion und eine anschließende erfolgreiche Umsetzung einsetzen werden.

Wähler/innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

## ► Der EON-Rückkauf in Göttingen: Rekommunalisierung oder Etikettenschwindel?

von Max Westenthanner

**Am 29. Januar fand im Neuen Rathaus der kommunalpolitische Arbeitskreis der GöLinken statt. Thema war der im Dezember erfolgte Ratsbeschluss der Stadt Göttingen zur Beteiligung am Erwerb des Stromnetz-Betriebes der E.ON Mitte AG (EMI) durch kommunale Aktionäre und Abgabe einer Bürgschaft an ein Bankenconsortium zur Absicherung des Geschäfts.**

Da die Beteiligten der Stadt keine Informationen über Verhandlungen, Gutachten oder den Originalvertrag des hochkomplexen Geschäfts an die Gö-Linke abgeben wollten, war es im Vorfeld der Abstimmungen nicht möglich, die Mitglieder der Gö-Linke und die Öffentlichkeit einzubeziehen. Deshalb wurde zumindest nachträglich ein Experte, der selbst bei einem Stadtwerk der Region arbeitet, eingeladen.

Nachdem 2012 die Gö-Linke einen Vorschlag zur Rekommunalisierung der 2002 an E.ON privatisierten Elektrizitätsversorgung in den Rat der Stadt einbrachte, wurde sie vom Oberbürgermeister informiert, dass bereits Gespräche mit E.ON über das Vorkaufsrecht auf die Energienetze stattfänden. E.ON plante, sich von seiner 73,3 % Beteiligung an der EMI, die auch Netz und Vertrieb im Landkreis und der Stadt Göttingen betreibt, zu trennen. Allerdings hat E.ON den Energie-Vertrieb behalten, der aus diesem Grund noch aus der Konzernstruktur der EMI herausgelöst werden musste. Die vermeintliche „Rekommunalisierung“ fand unter Zeitdruck in 2013 statt, da das kommunale Vorkaufsrecht an EMI Aktien genutzt werden musste. Der Kaufpreis wurde von Experten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young berechnet, ohne für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu sein.

Mit der Zustimmung des Rats und der 12 anderen kommunalen Anteilseigner an der EMI wurde der um den Vertrieb erleichterte Rumpf der EMI von

der kommunalen EAM GmbH erworben. Zur Absicherung der Vertriebshoheit von E.ON haben sich die neuen kommunalen Eigentümer zusammen mit E.ON an Vertriebsgesellschaften zu beteiligen. Der Kauf der Aktien wird durch Mittel der 12 Landkreise und der Stadt Göttingen gestemmt, wobei 80% der Summe für den Göttinger Anteil, das sind 44,7 Millionen € über Kredite finanziert und über die zukünftigen Gewinne der EAM über 20 Jahre abgetragen werden. Insgesamt wird die Stadt Göttingen mit allen Zinsen und Gebühren am Ende die Summe von 91,7 Millionen bezahlen. Zusätzlich zur Verpfändung der Aktien verlangen die Banken von den Kommunen eine Bürgschaft über 80% der Kreditsumme, die im Fall eines Ausfalls der Kreditratenzahlungen fällig wird.

Der Referent untersuchte anhand öffentlicher Quellen die wahrscheinliche Umsatzentwicklung für den Netzbetrieb der Region. Er wies darauf hin, dass allein die Vorschriften der Bundesnetzagentur einen Umsatzrückgang zur Folge haben können. Außerdem befinde sich die Stadt Göttingen in Interessensgegensatz mit kommunalen Stadtwerken, die sich um Stromkonzessionen bewerben. Ein Gewinnrückgang der EMI habe zur Folge, dass die Banken als erstes auf Erfüllung ihrer Kreditraten bestehen werden. Die bisher fest in die kommunalen Budgets eingeplanten Gewinne der EMI werden bei einem Umsatzrückgang komplett für die Bankenforderungen verwendet werden müssen, was die finanziellen Spielräume der Stadt einschränkt und die Energieversorgung Profitzwängen aussetzt.

Das Fazit ist, dass die Stadt durch den Erwerb der EMI weder die Quellen, noch die Vertriebspreise der Stromversorgung oder die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bestimmen kann. Sie ist eine spekulative Beteiligung eingegangen, die beinahe komplett fremdfinanziert wird und

(...) weiter auf Seite 12

### Kontakte:

**Wählerinnengemeinschaft  
GöLinke**

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)

#### **SprecherInnenkreis:**

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,  
Thomas Bahrs, Doreen Wohrab,  
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

#### **Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 05 51-4 00 24 99  
Fax 05 51-400 20 79  
[goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)

#### **Fraktionsmitarbeiterin:**

Doreen Wohrab

#### **Öffnungszeiten des Büros:**

Dienstag, 09-13 Uhr  
Mittwoch, 13-16.30 Uhr  
Donnerstag, 09-17 Uhr

#### **Fraktionssitzung:**

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

#### **Mandatsträger:**

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)  
Patrick Humke  
Civar Akad

### Kommunalpolitischen Arbeitskreis:

**05. März, 19.00 Uhr,  
Neues Rathaus, Raum 112**

Thema: Schulentwicklung in Göttingen

### OB - Kandidatur angestrebt – WahlhelferInnen gesucht!

Am 24. Februar wird die WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke ihre/n KandidatIn zur Wahl des Oberbürgermeisters nominieren:

Dr. Eckhard Fascher, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der Partei Die Linke. im Kreistag des Landkreises Göttingen, war bei Redaktionsschluss der einzige Kandidat. Diese Kandidatur braucht Unterstützung!

### Göttinger Linke, Spendeneinzug:

Der Einzug der Spenden für das 1. Halbjahr wird in der 7. Kalenderwoche erfolgen. Wir bitten darum, eine Kontodeckung zu gewährleisten.



Landesparteitag:

## ► Viel Streit um den Haushalt des Landesverbandes

Am 8. 2. fand der Landesparteitag von DIE LINKE in Goslar statt. Der Parteitag war mit 160 von 180 Delegierten gut besucht, viele Gäste fanden nicht mehr ausreichend Platz.

Als wohl einmalig lässt sich der Auftritt des Goslarer CSU-Bürgermeisters Oliver Junk betrachten, der die Delegierten im Namen der Stadt begrüßte und sich trotz aller politischen Differenzen offenbar wirklich darüber freute, dass der Parteitag in Goslar abgehalten wurde und er reden durfte.

Manfred Sohn war in seiner Rede als Landesvorsitzender aufgrund einer schwachen rotgrünen Landesregierung grundsätzlich optimistisch, dass der Wiedereinzug in den Landtag gelingen kann. Er betonte dabei erneut die Wichtigkeit einer guten kommunalpolitischen Arbeit für den Erfolg der Partei. Auch müsse die Partei vor allem ihren neuen Mitgliedern viel Aufmerksamkeit widmen und ihnen Gelegenheit zur Mitarbeit bieten. Es gelte, mehr Frauen für die in Niedersachsen rund 2900 Genossinnen und Genossen

zählenden Landesverband zu werben. Wichtig sei auch ein gutes Klima in den Kreisverbänden.

In einer kämpferischen Rede übte Bernd Riexinger heftige Kritik an der SPD-Politik in der Großen Koalition und ihrer Absage an einen Politikwechsel durch eine Zusammenarbeit mit den LINKEN. Dabei betonte er erneut die wichtigsten Positionen der LINKEN zur Sozial- und Friedenspolitik. Insbesondere hob er die Ablehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr hervor. Er betonte, dass DIE LINKE für ein soziales, solidarisches und demokratisches Europa kämpfe. Es sei absurd, wenn ausgerechnet DIE LINKE als europafeindlich bezeichnet würde.

Bereits am Ende des Parteitages wurde diese Aussage von Sabine Lösing in ihrer Rede als Europaabgeordnete und Landesvorsitzende bekräftigt. Sie definierte die EU wie folgt: „Neoliberale Politik ist Diebstahl am öffentlichen Eigentum, neoliberale Politik ist Demokratieabbau, neoliberale Politik ist das Markenzeichen der EU!“

Als wichtigste Personalentscheidung stand eine Nachwahl für den Landesvorstand an. Hier wurde die ehemalige Bundestagsabgeordnete und frühere Landesvorsitzende Dorothee Metzner gewählt.

Dann folgte eine erbitterte und teilweise sehr persönlich ausgetragene Diskussion über den Haushalt des Landesverbandes und damit verbundene Satzungsänderungen. Der Verlust der Landtagsfraktion ist hier mit erheblichen Einbußen durch den Verlust der Mandatsspenden verbunden. Die Göttinger Delegierten haben hier für eine bei Stimmengleichheit abgelehnten Satzungsänderung gestimmt, die die Abschaffung des Landesausgleichsfonds zur Folge gehabt hätte. Es ging hier darum, das Landesbüro in seiner Funktionsfähigkeit zu erhalten. Zu denken geben muss, dass hier ein deutliches Misstrauen einzelner Delegierter gegenüber den Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle und dem Landesvorstand deutlich wurde. Dies war auch ein Misstrauen gegen die eigenen Schatzmeister, da die Satzungsänderung durch den Landesfinanzrat empfohlen worden war. Die Folge dieser ausufernden Auseinandersetzung war, dass der folgende Beitrag von Sabine Lösing zur Europapolitik aufgrund der weit fortgeschrittenen Zeit nicht mehr wirklich diskutiert werden konnte.

.....

Presseerklärung 10.02.2014 DIE LINKE Niedersachsen Außerparlamentarische Fraktion :

**Finanzierungsdesaster bei Krankenhäusern:**

## ► Ministerin Rundt muss handeln.

DIE LINKE hatte im Rahmen des Landtagswahlkampfes einen Schwerpunkt bei der unzureichenden Krankenhausfinanzierung gesetzt und zu diesem Thema sogar ein eigenes Plakat geklebt. Nach einem Jahr stellt sich heraus, dass die LINKE hier den Finger in die offene Wunde gelegt hatte. Immer mehr Krankenhäuser in Niedersachsen schreiben rote Zahlen oder sind sogar von der Schließung bedroht. Das droht die gesundheitliche Versorgung in der Fläche zu verschlechtern. Die verzweifelten Be-

mühungen um Einsparungen führen zu Personalabbau oder zu Ausgründungen in schlechter bezahlende Firmen, beides Lösungen letztlich auch zu Lasten der Patientinnen und Patienten.

Für die finanziellen Sorgen der Krankenhäuser gibt es zwei Ursachen. Die eine beruht auf den seit Jahren hinter dem Bedarf zurückbleibenden Investitionszuschüssen des Landes. Hier hat auch der erste SPD-Grüne Haushalt 2014 nichts geändert.

Die andere Ursache ist der für die laufende Finanzierung der Krankenhäuser wichtige Landesbasisfallwert. Niedersachsen ist hier Schlusslicht. Dieser Wert ist in Niedersachsen deutlich niedriger als z.B. in Bremen, Rheinland-Pfalz, Saarland oder Bayern. Er wurde zwar zu Beginn des Jahres in Niedersachsen von 3016 auf 3117 Euro angepasst. Das ist aber völlig unzureichend (zum Vergleich: Bayern: 3.188, Bremen 3185, Rheinland-Pfalz 3325, Saarland 3217). Die Sozialministerin Cornelia Rundt ist hier gefordert. Sie muss sich für einen höheren Basisfallwert einsetzen und zugleich dafür eintreten, die Landesmittel für die Krankenhäuser zu erhöhen.

*Ursula Weisser-Roelle,  
Hans-Henning Adler*

## ► **Syrien:** **Ist eine friedliche Lösung möglich?**

**In Syrien gab und gibt es vieles zu kritisieren: Etwa die Repression, die neoliberale Wirtschaftspolitik und die weitreichende Korruption des Regimes, die vor allem zulasten der ärmeren Bevölkerungsteile geht. Ignorieren darf man aber ebenfalls nicht, dass Syrien spätestens seit 2006 Ziel einer gezielten Destabilisierungs- und Sabotagekampagne der USA war.**

Die Protestbewegung, die Mitte März 2011 gegen den syrischen Machthaber Baschar al-Assad auf die Straße ging, agierte zu Anfang überwiegend gewaltfrei, jedoch setzte schon früh etwas ein, was als Militarisierung der Protestbewegung bezeichnet werden könnte. So übernahm die CIA die Verteilung von Waffenlieferungen an die Aufständischen – Waffen, die vor allem mit Geldern aus Saudi-Arabien und Katar finanziert wurden. Allein Katar soll Waffen im Wert von über 3 Mrd. Dollar für die Rebellen eingekauft haben. Unterstützt und bewaffnet wurden dabei stets die Teile der Opposition, die sich gegen eine Verhandlungslösung aussprachen. Zuerst war dies der „Syrische Nationalrat“ und nun ist es die „Syrische Nationale Koalition“. Die Folgen dieser Aufrüstungspolitik waren ebenso absehbar wie fatal. Sie führten zu einer mittlerweile vollständigen Marginalisierung der zivilen Teile der Protestbewegung.

Von Anfang an machte die Obama-Regierung keinen Hehl daraus, dass sie vor allem das Ziel verfolgte, Baschar al-Assad zu stürzen und eine pro-westliche Regierung einzusetzen. Der Grund hierfür liegt vor allem in dem Interesse, Syrien als den wichtigsten Verbündeten des erklärten Erzfeindes Iran zu schwächen. Hinzu kommt noch der relativ offene Konflikt zwischen den USA als Förderer der Aufständischen und Russland, das die Regierung stützt – u.a. weil es dort mit der Marinebasis Tartus über einen wichtigen Stützpunkt in der Region verfügt. Jedenfalls hat die westliche Politik in Syrien mit moralischen Erwägungen überhaupt nichts zu tun, sondern mit knallharter Interessenspolitik.

Addiert man auch noch die lokalen Konflikte hinzu, die vereinfacht gesagt

zwischen Schiiten (Hisbollah; Syrien; Iran...) und Sunniten (Saudi-Arabien, Katar...) liegen, so erhält man jene toxische Mischung, die nun zu den Auseinandersetzungen geführt hat, denen inzwischen etwa 130.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Glaubt man dabei der Mehrzahl der Medienberichte, so hat es den Anschein, als fielen dem Konflikt fast ausschließlich Aufständische zum Opfer – das ist aber falsch! Laut der den Rebellen nahestehenden „Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ starben bislang 46.000 Zivilisten, 29.000 Aufständische und 55.000 für die Regierung kämpfende Soldaten.

Es ist ganz offensichtlich, dass Friedensgespräche dringend nötig sind und den einzigen Ausweg bieten. Dafür wären aber verschiedene Dinge nötig:

Erstens, die sofortige Einstellung sämtlicher Waffenlieferungen. Allerdings beliefern die USA weiter die „Freie Syrische Armee“.

Zweitens, eine Einbeziehung des Iran in die Friedensverhandlungen – aber es wird trotz der jüngsten US-iranischen Annäherung weiter versucht, Teheran auszuschließen.

Drittens, Druck vor allem auf Saudi Arabien, die Unterstützung radikalislamistischer Kräfte sofort einzustellen. Davon ist jedoch nichts zu bemerken.

Schließlich ist es nicht förderlich, wenn Friedensverhandlungen von vornherein an bestimmte Ergebnisse gekoppelt werden. Dem steht jedoch entgegen, dass der Sturz Assads von den USA und den Teilen der Aufständischen, die überhaupt zu Verhandlungen bereit sind, weiter als einzig akzeptables Ergebnis betrachtet wird.

Auch Deutschland könnte einen Beitrag leisten, wenn es sich im oben

**Europabüro  
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
tel 05 51- 507 66 823  
fax 05 51- 507 66 838  
europabuero-loesing@web.de  
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer  
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

beschriebenen Sinne für Verhandlungen einsetzen würde, statt weiter vollkommen einseitig die Aufständischen zu unterstützen und auf einen Sturz Assads zu drängen.

Vor allem eins könnte aber Deutschland tun: Alle Menschen hier aufzunehmen, die vor der katastrophalen Situation fliehen wollen, die Deutschland mit verursacht hat.

Beschämend genug ist, dass Deutschland sich gerade einmal bereit erklärt hat, 10.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Noch beschämender ist aber, dass bis Ende letzten Jahres gerade einmal 1700 Menschen aufgenommen wurden. Meine Eindrücke aus einer jüngst in Bad Lippspringe zum Thema durchgeführten Veranstaltung bestätigen, dass die Bereitschaft zu helfen in der Bevölkerung sehr groß ist, die Umsetzung der Hilfe jedoch oftmals an bürokratischen Hürden scheitert.

Um friedliche Lösungen des Konflikts auf den Weg zu bringen, ist es vor allem aber notwendig, dass äußere Mächte – und hierzu gehören natürlich auch etwa Russland und der Iran, vor allem aber der Westen – endlich aufhören, das Land als Spielwiese für die Durchsetzung ihrer machtpolitischen Interessen zu missbrauchen. Dies ist die eigentliche und wichtigste Voraussetzung, damit eine friedliche Lösung möglich ist. Und das ist leider auch der Grund, weshalb ich skeptisch bin, dass wir hier zumindest kurzfristig große Fortschritte erblicken werden.



## ► Bürgermeisterkandidatinnen: Anne Freimuth kandidiert für DIE LINKE. in Hann.Münden

In Hann. Münden tritt das KSR-Mitglied Anne Freimuth gegen den SPD-Kreisratsfraktionsvorsitzenden Jörg Wieland und den von der CDU unterstützten Berufsschullehrer Harald Wegener von den Freien Wählern an. Die 51jährige Anne betreibt mit ihren Mann den Mündener Campingplatz.

Für Anne steht eine bürgernahe und bürgerfreundliche Politik an vorderster Stelle: *„Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf mehr Transparenz bei politischen Abläufen und Entscheidungen. Sie werden durch eine Politik, die überwiegend hinter verschlossenen Türen praktiziert wird, entmündigt – damit muss Schluss sein. Ich lehne es ab, eine Politik zu betreiben bei der die Bevölkerung nur vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Von größter Wichtigkeit ist, die Bürgerinnen und Bürger in Planungen mit einzubeziehen, mitreden und mitentscheiden zu lassen. Dazu benötigen wir unbedingt auch den Ausbau der Instrumente direkter Demokratie, wie zum Beispiel Bürgerbefragung und Bürgerent-*

*scheide, um Politik mit den Menschen zu gestalten.“*

Wichtig ist es ihr auch, junge Familien und Jugendliche in Hann. Münden zu halten und dorthin zu ziehen. Das könne nur durch attraktivere Freizeitangebote geschehen wie ein Hallenbad, vielleicht sogar ein Erlebnisbad – mitfinanziert durch Zuschüsse von Bund und Land. Allein in Sachen Sicherheit ist dies ein wichtiger Punkt: *„Wenn man sieht, dass heute viele Kinder nicht schwimmen können, ist das ein Unding. Sie müssen es lernen können, auch im Winter“.* Zum Erhalt des kulturellen Angebotes ist ihr die Unterstützung des Eisenbarth-Theaters sehr wichtig.

Finanziell attraktiver könne man die Situation für kleine Gewerbetreibende in der Innenstadt gestalten, Steuern senken und Gespräche mit Vermietern führen, um Mietnachlässe zu erwirken. Gerade für Neuansiedler müsse man ein eigenes Konzept erarbeiten, das zumindest in den ersten Jahren greife. Eine Idee, um die vielen Ladenleerstände zu beseitigen.

Was öffentliche Veranstaltungen angeht, sollten die Standgebühren für Aussteller gesenkt werden. *„Das gilt unter anderem für den Bauern- und Weihnachtsmarkt, dem Frühjahrsfest und dem Wochenmarkt. Damit könnte das Angebot noch vielfältiger werden. Ein jährlich ausgerichtetes Stadtfest würde übrigens viel für das Zusammengehörigkeitsgefühl tun“*, meint Anne Freimuth. In diesem Zusammenhang nennt sie auch die Kinderbetreuung für Einheimische und Touristen, die seitens der Stadt stundenweise angeboten werden und die Eltern beim Einkaufsbummel entlasten könnte. *„In einem Jugendparlament könnte sich der Nachwuchs politisch einbringen und seine Politikverdrossenheit ablegen“*, stellt sie sich vor.

Die kostspielige Sanierung der Wasserspiele, ein Kreisel im Philosophenweg, immer mehr Aufgaben in ehrenamtliche Hände zu legen und dadurch Arbeitsplätze zu vernichten sowie einen überdimensional Verbrauchermarkt in der Innenstadt zu genehmigen, lehnt Anne dagegen ab. *„Letzteres brauchen wir in Hann. Münden nicht. Große Lebensmittelmärkte gibt es genügend. Dieser Markt würde nur bestehende Geschäfte in der Innenstadt gefährden.“*

*(Der Artikel ist eine veränderte gekürzte Version eines Artikels aus der Mündener Rundschau vom 11.2.14)*

## ► KSR-Mitglied Sissi Spiegler kandidiert in Dransfeld

Die Mitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. in der Samtgemeinde Dransfeld hat am 13. Februar 2014 die 39jährige Krankenschwester Sissi Spiegler einstimmig zur Bürgermeisterkandidatin gewählt. Die Kandidatin der Partei DIE LINKE. hat Politik und Deutsch studiert, ist in der Gewerkschaft VerDi organisiert und Mitglied des KSR.

Sissi Spiegler möchte sich für die Samtgemeinde Dransfeld besonders stark machen gegen den sog. 'Zukunftsvertrag' und für die Einführung einer IGS und

Inklusion. Als Krankenschwester liegen der Kandidatin gesundheitspolitische Themen wie die Sicherung der Hausarztversorgung und Ausbau der ambulanten Pflege besonders am Herzen. Des Weiteren wird sie sich anschaulich und innovativ für den Erhalt des Erlebnisbades und des Bauhofes einsetzen.

Mit der aufgestellten Kandidatin Sissi Spiegler erhält die Samtgemeinde Dransfeld am Tag der Bürgermeisterwahl (25. Mai 2014) eine wirkliche Alternative zum scheinbar unzerstörbaren Einheitsbrei der zur Wahl stehenden männlichen



Sissi Spiegler

Bewerber. Die Partei DIE LINKE. wird mit der Kandidatin Sissi Spiegler die Kommunalpolitik der Samtgemeinde sozialer und zukunftssicher gestalten.

(...) Fortsetzung von Seite 8

für die mit 58,7 Millionen € gebürgt werden muss. Der Begriff der Rekommunalisierung sei – so der Referent auf Nachfrage – eher ein Etikettenschwindel. Dieser Beurteilung kann der Berichterstatter zustimmen.

Unter diesen Bedingungen ist es kein Wunder, dass die politisch Verantwort-

lichen den abstimmenden Ratsleuten keine hinreichenden Informationen zukommen ließen. Die Frage, ob die (für den Rückkauf nicht notwendige) Zustimmung der Gö-Linke-Fraktion als kleiner Schritt in die richtige Richtung zu werten ist, oder ob dies unsere Forderung nach einer öffentlichen Kontrolle über die Energieversorgung zu bezahl-

baren Preisen eher diskreditieren könnte, ist bei der Diskussion des kommunalpolitischen Arbeitskreises offen geblieben. In jedem Fall war die Gö-Linke die einzige Fraktion die im Rat die Intransparenz und versteckten Risiken des Geschäfts offen kritisiert hat.

J. Miehe – U. Nier – K. Schild – H. Nebel – W. Krumbein  
Göttingen 6.2.2014

## Arbeitszeitverkürzung - Aufruf zur Unterstützung

### 30 Stunden sind genug – auch in Göttingen!

Die Einen müssen zu viel arbeiten, die Anderen dürfen es gar nicht – oder nur zu kurz und zu schlecht bezahlt, um davon leben zu können.

Der gesellschaftliche Spagat

- zwischen einer Arbeitswelt mit sicheren Arbeitsverträgen und akzeptabler Bezahlung, jedoch ständiger Aufforderung zu Mehrarbeit auf der einen Seite,
- sowie Arbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen mit skandalös niedriger Entlohnung und unfreiwilliger Kurzarbeit auf der anderen Seite

hat sich mit der Gesetzgebung zu den Hartz-IV-Regelungen ständig vergrößert. Zwar ist die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse angestiegen – jedoch vor allem durch Aufspaltung von auslaufenden sozialversicherungspflichtigen Normal-Arbeitsverträgen in mehrere prekäre Verträge. Insgesamt hat sich die Zahl der von Lohnabhängigen geleisteten Arbeitsstunden dadurch aber langfristig nicht vermehrt.

Vielmehr nimmt die gesellschaftliche Gesamtarbeitszeit seit Jahrzehnten ab – allerdings bei den einen als Kurzarbeit und bei den anderen als Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit und in Form von Überstunden - **statt als Verkürzung der Arbeitszeit für alle Lohnabhängigen.**

Die negativen Wirkungen dieser Verhältnisse sind vielfältig – und sie haben die fatale Tendenz, sich selbst zu verstärken. Das zeigt sich in der ständigen Beeinträchtigung oder gar Beschädigung der körperlichen, seelischen und sozialen Lebensqualität der abhängig Beschäftigten und der Arbeitslosen. Und, verbunden mit der bürokratischen Überwachung und den Sanktionen gegen die Arbeitslosen, führt das zu individueller Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit und einer gesellschaftlichen Atmosphäre, die die Solidarität untergräbt, soziale Mitleidlosigkeit, Ausgrenzung und Ignoranz fördert oder gar hervorbringt.

Der ökonomische und soziale Abgrund, in den – bzw. an dessen Rand – über 10 Millionen erwerbsfähige Arbeitskräfte gedrängt sind, wirkt auch einen düsteren

Schatten auf die Zukunftsperspektiven der vermeintlich sicher Beschäftigten.

Noch lenkt die verbreitete Ansicht, die Mehrheit der abhängig Beschäftigten sei bei der seit 2008 andauernden Krise bisher glimpflich davon gekommen, von den schon aufgestauten Problemen an den Arbeitsmärkten ab. Aber sie verschärfen sich weiter durch die laufenden jährlichen Produktivitätsfortschritte. Diese werden, ebenfalls jährlich, weitere Arbeitszeit und Arbeitsplätze überflüssig machen. Wenn die gegenwärtige staatliche Wirtschaftspolitik und die Strategien der Unternehmen beibehalten werden, verschlechtern sich auch künftig die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Entlohnung weiter, auch ohne Krise.

Diese Entwicklungen richten sich auch gegen jede gesellschaftliche und ökonomische Vernunft. Die Folge wird eine weitere Vergrößerung der ökonomischen Ungleichgewichte sein, wie anhand der nicht ausgestandenen Krise im Euroraum und beim Anblick der ökonomischen und sozialen Katastrophen in den Südländern der Eurozone schon zu beobachten ist.

Dagegen kann nur eine Abkehr vom neoliberalen Dogma und der dadurch angeblich erforderlichen ökonomischen Schrumpfkur in der gesamten Eurozone helfen. Um die schon bisher aufgelaufenen Ungleichgewichte, vor allem am Arbeitsmarkt der BRD, wieder ins Lot zu bringen, ist eine drastische Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche dringend erforderlich. Notwendig eingeschlossen dabei: die Beibehaltung der Entgelte und Neueinstellungen für die verkürzte Arbeitszeit.

Auch wenn die Gewinnung einer politischen Mehrheit für dieses Ziel und die anschließende Umsetzung mit sorgfältiger Planung und sensibler Kooperation noch etliche Zeit erfordern wird, so setzen wir auf diese Perspektive:

Alle, die es brauchen, werden ordentlich bezahlte Arbeit haben - die Drohung durch und mit der Arbeitslosigkeit hört auf - und von den enormen Produktivitätssteigerungen können endlich alle profitieren: mehr Zeitwohlstand für ein besseres Leben, weniger Konkurrenz, Hetze und Angst.

**Kurze Vollzeit für alle – 30 Stunden sind genug!**

**Für einen neuen Normalarbeitstag!**